

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellzettel monatlich 76 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 74 000 M. Bei Postbezug
monatlich 77 190 M. Unter Streifband in Polen monatlich 130 000 M. In Deutschland
u. Danzig 5 000 000 dtch. M. — Einzelnumm. 5000 M., Sonntagsnummer. 6000 M.
Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung ob. Ausserkunig hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung, der Zeitg. od. Rückzahlg. des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 30 mm breite Kolonialzeile 2000 M. für
die 90 mm breite Namenszeile 10000 M. — Bei Deutschland
und Freistaat Danzig 100 000 bzw. 500 000 deutsche M. — Bei Polen vorricht und
schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich
erbeten. — Öffentl. und Auskunftsgebühr 5000 M. — Für das Erscheinen
der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewalt übernommen.
Postkonto: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 218.

Bromberg, Dienstag den 25. September 1923.

47. Jahrg.

Kierski — der Oberrichter.

In Sachen der Haager Urteile meldet sich jetzt auch der bekannte Publizist Kierski zum Wort. Er, der sonst einer der ersten Aufer im Kampf war, ist heute ein Nachdrucker geworden und weiß nur noch zu wiederholen, was andere vor ihm bereits gesagt haben, ohne einen denkenden Menschen überzeugen zu können. Nur in einem Punkte zeigt Herr Kierski eine gewisse Originalität, nämlich in der Festigkeit, mit der er die Haager Urteile angreift. Zum Beleg mögen einige Absätze seines Leitartikels im „Kurjer Posen“ ausstehen (Nr. 217 vom 23. 9.) folgen:

„Im Laufe meiner langen richterlichen Tätigkeit habe ich tausende der verschiedensten Urteile gelesen, verschiedene Begründungen, die manchmal Verwunderung, manchmal politische Erörterungen, auch wohl Achselzucken und zeitweise sogar Entrüstung hervorgerufen haben; aber eine solche rechtl. Entscheidung und vor allem eine solche Begründung, wie sie der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag gegeben hat, hatte ich zu sehen und zu lesen noch nicht Gelegenheit. Wenn man das liest, traut man seinen eigenen Augen nicht. Da die Polnischen Telegraphen-Agenturen bis heute noch nicht (nicht einmal gekürzt), die Begründung des Urteils veröffentlicht haben, muß ich mich auf den deutschen Bericht stützen, der von einigen polnischen Zeitungen übersetzt vorliegt. In logischer, rechtlicher und ethischer Beziehung ist das Urteil so ungeheuerlich, daß es ganz unwahrscheinlich erscheint. Man könnte fast an eine Mystifikation glauben.“

In dieser Tonart geht es noch eine Weile weiter. Dann kommt der Verfasser auf die Konsequenzen zu sprechen, die er aus den Urteilen gezogen wissen möchte. In erster Linie verlangt er eine gründliche Revision des ganzen Verhältnisses zum Völkerbund und zu allen internationalen Institutionen, die nach dem Kriege entstanden sind.

„Bisher haben wir uns verneigt und nachgegeben. Wir fürchteten uns vor dem eigenen Schatten, um ja niemanden zu verleben. Denn die Grenzen, die wir uns mit unserem Blute erkämpft haben, waren noch nicht anerkannt. Dann war es nötig, daß wir uns um die Besserung unserer Reputation kümmerten, die durch unsere Feinde schwer geschädigt war. Man rechnete auf die Ignoranz Europas. Die Deutschen, Tschechen, Russen, Litauer und Juden, denen allen Polen, und namentlich ein starkes Polen unbehaglich war, alle diese, die sich geru irgendein Stück polnischen Landes angeeignet hätten, schreien auf uns unduldsame Chauvinisten, und jeder Schritt, den wir unternommen, um unser Volksstum, sei es auch nur zur Abwehr, zu einigen, wurde als Imperialismus verschrien.“

Europa glaubte es, und wir dienten, schwiegen und waren loyal und gehorsam. Als sich die russischen Horden 1920 den Mauern Warschaus näherten, rührte der Völkerbund keinen Finger zu unserer Hilfe und die Mehrzahl seiner Mitglieder verkündete die Neutralität, die mit den Vorschriften des Statuts über die gegenseitigen territorialen Garantien und mit der Verpflichtung solidarischen Verteidigung im Falle des Ausbruchs eines Krieges im Widerspruch stand. Diese Neutralität hat eines der Mitglieder des Völkerbundes (die Tschechoslowakei) und einer seine Schülers (Danzig) so aufgefaßt, daß sie sich der Entfernung von Munition nach Polen widergesetzt. Andere Mitglieder, die die Rolle von Diktatoren in Europa spielten, freuten sich über unser Misgeschick, aber wir schwiegen. Weiter haben verschiedene andere internationale Institutionen ihre ganze Energie darauf gewandt, uns nach allen Seiten hin zu rütteln: um Oberschlesien, Teschen, Ermeland, Masurien und schließlich die neutrale Zone im Villenbereich, die zum größten Teil eine reine polnische Bevölkerung hat, und Litauen. Fest kommt sicherlich die Jaworzyna an die Reihe. Aber wir verhindern uns und nehmen alles hin mit Demut und Resignation. Schließlich kommt jeder Rat und jeder Gerichtshof im Ausland zu der Überzeugung, daß wenn es sich um Polen handelt, irgend welche rechtlichen Vorschriften ohne Umstände außer Betracht bleiben können. Ohne Umstände haben sie begonnen, ihre ihnen durch die Verträge vorgezeichneten Kompetenzen zu überschreiten. Unter dem Deckmantel des Minderheitschutzes mischen sie sich in unsere inneren Angelegenheiten; in ganz unzulässiger Weise kritisieren sie unsere Gesetze und die Verfassungen unserer Behörden, annulieren sie rechtskräftige Urteile unserer Gerichtshöfe — mit einem Wort, sie behandeln Polen wie irgendein afikanisches Sultanat und nicht als einen unabhängigen und souveränen Staat. Die Krönung alles dessen ist die lezte Haager Entscheidung, die sich solidarisch erklärt mit der früheren preußischen Ausrottungspolitik, die von der ganzen Welt verdammt war, und zwingt uns, auf polnischer Erde die Ansiedler zu belassen, die auf diesem Boden die letzte Kraft der uns feindlichen Politik darstellen.“

Mit scheint, daß wir jetzt nicht schweigen werden, und wenn der Völkerbund uns Polen etwa zwingen sollte, in dem unabhängigen Polen die frühere antipolnische Politik fortzusetzen, die Preußen gegen unsere wichtigsten Lebensinteressen führte, so ist es Pflicht der gegenwärtigen Regierung, nicht nur laute Proteste zu erheben, sondern sie muß die weitgehendsten Konsequenzen daraus ziehen, um ein für alle Mal dem Völkerbund die Möglichkeit zu nehmen, Polen als das sprachwörtliche Opferlamm zu behandeln. Die Zugehörigkeit zum Völkerbund ist eine Ehre, die uns entschieden zu viel kostet.“

Das wären die außenpolitischen Folgerungen. Bezuglich der inneren Konsequenzen meint Herr Kierski: „Wie wir sehen, ist es die höchste Zeit, das Nationalitätsproblem zu lösen. Wir müssen unverzüglich ein Programm in Sachen der Minderheiten entwerfen, das wir leider nur Zeit nicht haben. Das Programm muß ein für alle Mal so aufgestellt werden, daß es unabhängig ist von Veränderungen der Kabinette und der einzelnen Minister. Es muß in erster Linie die politischen, staatlichen und völkischen Interessen sichern und darf in keiner Hinsicht über die Grenze hinausgehen, die der Minderheitenshut feststellt. Keinen Schritt weiter! — das muß der Grundlage sein. Und jetzt? Die Haager Entscheidung hat für uns keine rechtliche Bedeutung, und aus den oben angegebenen Gründen kann sie auch keine moralische Autorität haben.“

Wir werden tun, was uns unsere nationalen Interessen gebieten. In diesem Betracht sind wir einig, aber den, die etwa den Versuch machen wollten, die Souveränität unseres Staates anzutasten, werden wir ganz kurz und bündig sagen: „Hands off“ (Hände weg)!“

Der Ständige Internationale Gerichtshof setzt sich zurzeit aus elf ordentlichen und vier Hilfsrichtern zusammen. Sie zählen zu den ersten Juristen der Welt. Sie kommen aus Frankreich, England, Italien, Japan, Brasilien, Dänemark, Holland, Spanien, Kuba, Jugoslawien, Norwegen, Rumänien, China, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika. Dieser höchste Gerichtshof der Welt hat einstimmig seine beiden Urteile zugunsten der deutschen Minderheit in Polen gefällt.

Herr Kierski aber, der in seinem langen juristischen Leben viele Urteile gelesen hat, hat solche „ungeheuerlichen“ Machwerke noch niemals zu Gesicht bekommen. Sie sollen einfach jeder Beschreibung spottend. Die Juristerei der ganzen Welt ist einfach blamiert.

Was ist da zu machen? Es gibt höllische Leute, die — wenn irgendein bedeutender oder unbedeutender Kopf in der Nachbarschaft mit einem Buch oder einem Urteil nicht fertig wird — ernsthaft die Frage stellen, ob die Schuld daran immer bei dem Buch oder Urteilsschreiber zu suchen ist. Wir sind nicht so unhöflich, es diesen boshaften Leuten gleichzutun.

Im Gegenteil: Da Herr Kierski nach seiner eigenen Ansicht das Sprüchemachen weit besser versteht, als die Haager Schiedsrichter der oben aufgezählten Staaten (einschließlich Frankreich), schlagen wir vor, daß die „cour permanente“ unverzüglich abdanken möchte, um Herrn Kierski den Platz eines Oberrichters der Welt einzuräumen. Dieser Vorschlag sollte auf den oben mitgeteilten Aussatz Antwort genug sein.

Vielleicht bleibt uns morgen noch soviel Raum übrig, daß wir auf die polnischen — leider nicht juristischen — Einwände des Herrn Kierski gegen die Haager Urteile noch näher eingehen können. Der Vorwurf ist zu verlockend; die nüchternen Tatsachen aber schreien fast jeder Behauptung entgegen:

„Hände weg von der Wahrheit!“

Die Witos-Partei gegen die Witos-Regierung.

Wie aus Warschau gemeldet wird, beschloß der Club der P. S. L. „Piast“ nach zweitägigen Beratungen, zum 1. Oktober das Plenum des Klubs zu einer Sitzung einzuberufen, in der die endgültigen Forderungen beprochen werden sollen, mit denen sich der Club an die Regierung wendet soll. Während der Beratungen bildete sich, wie die Lodzer „Republika“ mitteilt, innerhalb des Piastenclubs eine neue Opposition unter dem Vorsitz des Abgeordneten Brzyl. Dieser verfasste einen Beschluss des ostgalizischen Bezirks, der am 9. September in Lemberg gelesen wurde und folgenden Wortlaut hat:

„Der Vorstand der P. S. L. „Piast“ (Witos-Gruppe) hat sich mit dem Pakt mit dem Verband der Christlich-nationalen Einheit lediglich aus Staatsinteressen einverstanden erklärt. Da dieser Block auf seinem unverzüglichsten Parteidpunkt beharrt, wird in uns die Überzeugung gesetzigt, daß der Verband gar nicht daran denkt, seine Verprechungen zu realisieren, sondern lediglich seine Parteidinteressen wahrnehmen will.“

In Anbetracht dessen, daß in der politischen Verwaltung in Kleinpolen keine Änderung eingetreten ist, daß über das Los der dortigen Ansiedler noch keine Entscheidung getroffen wurde, und daß die leitenden Stellungen im Schulwesen auch weiterhin durch ungeeignete und unberufene Kräfte besetzt werden, appelliert der Vorstand an die Abgeordneten, mit allen Mitteln auf eine Änderung dieser Zustände hinzuwirken.“

Die „Republika“ nimmt an, daß Brzyl, falls er das ihm versprochene Portefeuille des Ministers für öffentliche Arbeiten nicht erhält, mit seinen Anhängern aus dem Club der P. S. L. „Piast“ austreten wird.

Ein offizielles Kommunikat der Piasten.

Warschau, 22. September. Heute fand im Sejm eine Sitzung des Vorstandes des Klubs der Volkspartei statt, in der der Vorsitzende, Abgeordneter Debicki (nicht zu verwechseln mit dem früheren Piasten Jan Debicki, der sich der Wyzwolenie-Partei angeschlossen hat, D. Deb.) ein Referat über die politische Lage erstattete. Nach einer längeren Aussprache erklärten sich die Versammlungsteilnehmer für die Übernahme des Sejm erst zum 15. Oktober, mit Rücksicht auf den Mangel an Material (?) für die Arbeiten im Plenum. Eine Reihe von in der Sitzung gesetzten Beschlüssen soll der Regierung unterbreitet werden.

Keine englische Garantie für Polen.

Paris, 22. September. Wie aus dem Quai d'Orsay (französisches auswärtiges Amt) verlautet, hat der englische Premierminister Baldwin in seiner vor einigen Tagen erfolgten Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré keinen Zweifel darüber gelassen, daß England nicht gewillt sei, mit Frankreich einen Ga-

rantiepakt abzuschließen, in welchem England auch die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze, verbürgt.

Bekanntlich verlangt Poincaré bereits seit langer Zeit

als Kompensation für gewisse Nachgiebigkeiten gegenüber Deutschland von England den Abschluß eines englisch-französischen Garantievertrages, in welchem sich die beiden Mächte die Unverletzlichkeit ihrer Gebiete versichern und sich bereit erklären, im Falle eines Angriffs von seitens Deutschlands einander zu helfen. England hat einen solchen Vertrag bisher abgelehnt. Bei der Pariser Unterredung scheint Baldwin sich dem Abschluß eines solchen Vertrages nicht mehr so abgeneigt gezeigt zu haben, um englischerseits zur Lösung der Ruhr- und Reparationsfrage beizutragen. Poincaré bemerkte diese Geneigtheit und verlangte zu seinem bisherigen Forderungen noch, daß durch diesen Pakt auch von den beiden Mächten die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze, also der Grenze Polens gegen Deutschland, ebenfalls garantiert würde. So weit hat jedoch Baldwin nicht geglaubt, England verpflichten zu können.

Geipel über seinen Warschauer Besuch.

Bundeskanzler Dr. Seipelt empfing einen Korrespondenten der Wiener „Neuen Freien Presse“ und äußerte sich in einem längeren Gespräch über die Eindrücke seines Besuches in Warschau sowie über die von ihm und dem Außenminister Dr. Grüninger mit der polnischen Regierung eingegangenen Verhandlungen in nachstehender Weise:

„Ich muß gestehen,“ so begann der Kanzler seine Ausführungen, „daß der uns in Warschau bereitete Empfang alle unsere Erwartungen übertroffen hat. Wohl waren wir schon auf der Fahrt von Zielona Góra auf das Angenehmste überrascht, als wir die von unserem Gesandten in Warschau, Herrn Post, der uns entgegengereist war, mitgebrachten verdienten Auszüge aus den Begrüßungsartikeln der Warschauer Presse lasen. Denn hier war keine konventionelle Courtoisie, vielmehr lauterster Herzhaftigkeit, der in uns das erhebende Gefühl erweckte, bei wahren Freunden zu Gute weilen zu sollen. Gleich der Empfang in Warschau von Seiten der Herren Minister Grabowski und Senda sowie die aufrichtige Herzlichkeit, womit wir von der Bevölkerung auf den Straßen begrüßt wurden, mußte uns sodann in diesem Gefühl verstärkt. Aber erst die außerordentlich liebenswürdige und wahrhaft innige Art, in der uns hier auf Schritt und Tritt begegnet wurde, sowie die geradezu imposanten Veranstellungen uns zu Ehren ließen uns dankbar bewegten Herzen erkennen, daß wir einen solchen Empfang denn doch nicht erwartet hatten.“

Die uns entgegengebrachte, ungewöhnlich herzliche Gastfreundschaft fand sozusagen ihr Korrelat in demverständnisvollen Entgegenkommen bei den Verhandlungen. So darf es mit freundiger Genugtuung sagen, daß wir nicht nur auf keine Schwierigkeiten stießen, sondern im Gegenteil die größte Bereitwilligkeit fanden, die bereits bislang zu Stande gekommene Vereinbarungen zum beiderseitigen Wohle weiter auszubauen.“

„Haben die Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten Witos, dem Außenminister Senda und dem Handelsminister Sandrowski schon zu konkreten Ergebnissen geführt?“

„Der Ministerpräsident Witos hat den von uns herührten Fragen nicht nur das wohlwollendste Verständnis entgegengebracht, er hat auch wiederholt selbst die Initiative ergriffen und seine Entschließungen gefaßt. Ebenso sind wir mit dem Außenminister Senda und dem Handelsminister Sandrowski uns sozusagen schon auf halbem Weg begegnet und haben uns dann wechselseitig geholfen, um guten Ende zu gelangen. Wir haben denn auch hinsichtlich der grundsätzlichen Fragen volle Einigung erzielt. Der Ausbau des bestehenden Handelsvertrages zu einem Tarifvertrag darf als gesichert gelten. Ferner ist die Republik Polen bereit, mit uns einen Friedensgerichtsvertrag zu schließen.“

„Welchen Eindruck haben Exzellenz von dem Staatspräsidenten Bojciechowski gewonnen?“

„Den einer außerordentlich liebenswürdigen Persönlichkeit, die angeborene Schlichtheit mit vollendetem Amtsvermögen vereinigt. Der Herr Staatspräsident unterhielt sich mit mir in anregendster Weise über die Möglichkeiten weiterer Fortschritte der demokratischen Staatsform. Sehr interessant waren die von uns hierbei gezogenen Parallelen zwischen der polnischen und der österreichischen Verfassung.“

„Was versprechen Sie der Herr Bundeskanzler im allgemeinen von Ihrem Besuch in Warschau für die polnisch-österreichischen Beziehungen?“

„Es ist meine innere Überzeugung, daß unter Bezug die bisherigen Beziehungen zwischen den beiden Republiken vertieft werden. Der bevorstehende Abschluß des Friedensgerichtsvertrages ist auch von großer politischer Bedeutung. Denn da bereits eine Reihe von Staaten solche Verträge mit uns geschlossen hat, so wird durch den Hinaustritt Polens die Friedenserhaltung der Politik von ein anderes Stück normiert.“

"Welchen Eindruck hat die Stadt Warschau auf Exzellenz gemacht?"
"Einen ganz außerordentlichen. Insbesondere fiel mir die ganze Anlage mit den großen Straßenzügen, ferner aber die große Belebtheit der Straßen auf. Wahrhaft überraschend wirkten auf mich die Staatsämter, in denen alles so eingerichtet ist, als wenn Polen niemals aufgehört hätte, ein selbständiger Staat zu sein. Man hat fast den Eindruck, als ob in manchen öffentlichen Gebäuden vieles wieder so eingerichtet worden wäre, wie es einstmal gewesen."

Der Sonntagsredner.

Paris, 24. September. (Eigene Drahtmeldung.) Poincaré hat gestern gelegentlich der Enthüllung von Kriegerdenkmälern dreimal das Wort ergriffen. Nachmittags sprach er zum dritten Male aus Anlaß der Enthüllung eines Denkmals im Priesterwald. Er erinnerte an die blutigen Kämpfe, die dort stattgefunden haben und versuchte erneut den Nachweis zu erbringen, daß Deutschland angesichts des Langmuts Frankreichs darauf ausgehe, Frankreich nach und nach die Früchte des Krieges zu entziehen. Dann erinnerte Poincaré daran, wie er nach zahlreichen Beweisen der Geduld (?) gezwungen worden sei, innerhalb (?) der Grenzen des Versailler Vertrages die Maßnahmen zu ergreifen, die von der Reparationskommission als gerechtfertigt angesehen worden seien. Frankreich habe Pfänder ergriffen und das Ruhrgebiet besetzt, worauf Deutschland den passiven Widerstand ins Werk setzte. Dann habe sich das Deutsche Reich, das seine Pläne nicht verwirklichen konnte, mit den Verbündeten in Verbindung gesetzt, um sie über die Ruhrabsichten irrfzuführen und Konzessionen zu erlangen.

"Wir haben wacker durchgehalten", (mit hunderttausend weißen und schwarzen Soldaten gegen eine entwaffnete Bevölkerung!) erklärte Poincaré, "die öffentliche Note, die wir mit unseren englischen Freunden austauschten, hat Deutschland alle Illusionen genommen, daß wir nachgeben würden. Die Verbündeten sind die Sieger, Deutschland ist besiegt, und doch sind es die Sieger, die bisher infolge der Inflation (und die Inflation ist der Politik Poincarés zu verdanken!) die wahren Opfer des Krieges geblieben sind. Das ist ein ungeheuerlicher Widerspruch, dem schamlos ein Ende gemacht werden muß. Der Friede muß in Europa schnell wieder hergestellt werden, sobald Deutschland den Willen hat, dieses unledige Unrecht wieder gut zu machen. Mehr verlangt Frankreich nicht."

Poincaré fuhr dann fort: Der von der Berliner Regierung verordnete und bezahlte Widerstand (den die Bevölkerung spontan erklärte) hört allmählich wieder ihren Willen auf. In einigen Wochen wird sie die Hilsgelder nicht mehr auszahlen können, und sollte sie selbst damit fortfahren, so wird der Widerstand doch schließlich von allein zusammenbrechen. Das Deutsche Reich weiß dies. Man nimmt bei den Bewohnern des Ruhrgebiets die wachsenden Anzeichen des Überdrusses und sogar der Erbitterung wahr. Es bleibt der Regierung nur noch ein Entschluß übrig: nämlich festzustellen, daß der Widerstand nicht länger den Wünschen der Bevölkerung entspricht und die Verordnungen, durch die der Widerstand anbefohlen wurde, zurückzuziehen.

Im übrigen verfuhr Poincaré, die Behauptung zu widerlegen, wonach eine Katastrophe eintreten würde, wenn zwischen Deutschland und Frankreich eine Verständigung nicht zustande gekommen ist. Niemand wünsche mehr als Frankreich, eine Lösgung der Reparationsfrage, da niemand mehr als Frankreich an einer solchen Lösung interessiert sei. Dies dürfte jedoch nicht auf Frankreichs Kosten geschehen.

Gewiß haben wir es eilig", erklärte Poincaré, "ein Ende zu machen, genau so eilig, wie Deutschland und unsere Verbündeten. Doch zu allererst soll mit den leeren Aussichten und dem Versteckspielen ein Ende gemacht werden. Man muß mit den Zuckungen des passiven Widerstandes und den zwecklosen Versuchen, uns Bedingungen zu stellen, aufhören. Bedingungen nehmen wir nicht an. Wir halten uns an das Brüsseler Protokoll, an unser Gelübde und unsere öffentlichen Erklärungen. Wir haben nichts hinzuzufügen und auch nichts zurückzuziehen."

Deutsche Waldkonzessionen in Russland.

W. T. B. meldet aus Moskau:

Der Rat der Volkskommisare hat seine Zustimmung zu einem wirtschaftlich bedeutsamen Vertrag erteilt, der einer deutschen Gruppe eine forstwirtschaftlich-industrielle Konzession im Gebiete der Eisenbahn Urga-Rybinsk auf die Dauer von 25 Jahren erteilt. Schon im Mai d. J. war über das Objekt ein Vorvertrag zwischen der russischen Regierung und der Gesellschaft für die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten, Berlin, abgeschlossen worden. Das zur Ausbeutung bestimmte Waldgebiet erstreckt sich in einer Ausdehnung von etwa einer Million Hektaren zwischen den beiden von Petersburg ausgehenden Hauptlinien, der Nordbahn und der früheren Nikolaiabahn, die jetzt den Namen Oktoberbahn führt. Es wird selbst von einer noch nicht dem Verkehr übergebenen Bahn durchzogen. Ein Teil der Waldgebiete ist noch nicht erschlossen; ihre ökonomische Bewirtschaftung wird erst durch den Ausbau der genannten Strecke möglich. Der übrige Teil der Waldmassive liegt mit günstigen Flöhungsvorbedingungen im Befuhrgebiet zum Petersburger Hafen. Die Waldbauten bestehen vorwiegend aus Nadelholzern, die nach Qualität und Quantität jede Fabrikationsmöglichkeit zulassen.

Die Gesellschaft für die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten, Berlin, die eine große Zahl führender und für den Wiederaufbau Russlands unmittelbar berufener Industriewerke umfaßt, wird ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag einer zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Aktiengesellschaft übertragen, an welcher neben ihr unter anderem die Firma Gebr. Simmelsbach A. G., Freiburg, Europäische Holzhandels-A. G., Hannover, sowie einige Bauunternehmungen beteiligt sind. Dem Aufsichtsrat werden neben Vertretern der beteiligten Firmen auch der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Wirth und Reichsminister a. D. Dr. Haas angehören. Die hiermit im Widerspruch stehenden Äußerungen der Partei-Presse, besonders über irgendwelche Zahlungen russischer Seiten an die konzessionierte Gesellschaft, beruhen auf Erfindung.

Sowjet-Alarm!

Hände weg von Deutschland!

Im Anschluß an die vorhergehende Meldung verdient ein Beitrag der "Iwestija": "Hände weg von Deutschland!", der Radet darin die Entente vor einer endgültigen Vernichtung Deutschlands. Radet, der Stresemanns Anspruch, Deutschland würde froh sein, in der Lage Österreich zu sein, zitiert, bezweifelt es jedoch, ob Deutschland mit solchen finanziellen Mitteln, wie es etwa eine zur Stabilisierung der Währung eingerichtete Anleihe wäre, gedenkt sein würde. Österreich verschwindet gegenüber Deutschland mit seinen ungewissen Bedürfnissen. Es sei auch stark in Zweifel zu stellen, ob die erdrückende Mehrzahl des deutschen Volkes

Stresemanns Ideal teile. — Sowjetrußland, ein "Land der revolutionären Ordnung", fühle sich mit den deutschen werktätigen Massen solidarisch. Ein Schicksalsband verknüpft beide Länder. Ein der Entente völlig ausgeließtes Deutschland würde Sowjetrußland größten Gefahren aussetzen. Im Angesicht einer solchen Bedrohung würde die Sowjetdiplomatie ausrufen müssen: "Unser Friedensliebe hat ihre Grenzen!" Sollten die anderen das Schwert in die Wagschale zu werfen beabsichtigen, so seien sie gewarnt, daß auch der erste Proletarierstaat ein Schwert in der Hand habe. --

Die deutsche Krise. Warnung vor Unruhen!

Berlin, 22. September. (WTB.) Amtlich. In der Öffentlichkeit sind in letzter Zeit wiederholt Gerüchte aufgetaucht über Bewegungen, die sich gegen die Staatsgewalt richten und einen Aufstand vorbereiten. Von verschiedenen Seiten sind nach dieser Richtung auch öffentlich Drohungen ausgesprochen worden. An der Stellung der Reichsregierung gegenüber etwaigen derartigen Versuchen kann ein Zweifel nicht bestehen. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat heute eine Beratung stattgefunden, an welcher der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern, der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, teilgenommen haben. Diese Beratung hatte den Zweck, alle Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig werden können, um derartige Bestrebungen unzulässig zu machen. Es besteht unter den verantwortlichen Faktoren der Reichsregierung volle Übereinstimmung darüber, daß gegen jeden Versuch, die Staatsgewalt zu erschüttern, von welcher Seite er auch kommen mag, sofort die erforderlichen Maßnahmen ergriffen und die der Reichsregierung offenlängt zur Verfügung stehenden Mittel des Staates eingesetzt werden.

Völkerbund und Verständigungspakt.

Genf, 21. September. Im dritten Ausschuß der Völkerbundskonferenz (Arbeitung) bekämpfte der französische Delegierte Le Brun unter Hinweis auf Deutschland die Bestimmung des Artikels 18 des Entwurfs des Vertrages über gegenseitige Unterstützung und die Zulassung von Nichtmitgliedern des Völkerbundes zu dem Vertrage, falls zwei Drittel der Mitglieder dafür sind. Lord Robert Cecil und Folzang, letzterer als Vertreter der Arbeiter in der gemeinsamen Arbeitskommision und der Vertreter Estlands lehnten den Antrag Le Bruns ab und forderten Beibehaltung des Artikels 18. Der Vertreter Polens schloß sich dem Antrag Le Bruns an. Der französische Antrag wurde mit 16 gegen 7 Stimmen abgelehnt und Artikel 18 angenommen, dessen zweiter Abschnitt lautet: Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, können dem Vertrag unter Zustimmung von zwei Dritteln der Vertragsteilnehmer beitreten.

Republik Polen.

Umruppierung des polnischen Heeres.

Der "Kurier Polski" erfährt, daß eine große Umruppierung des stehenden Heeres vorgenommen wird. Die 14. Division von Posen wird nach Warschau, die 28. Division von Warschau nach Wilna und die 1. Division von Wilna nach Posen versetzt. Nach Włodzimierz-Wolszyn kommt das 7. Ulanen-Regiment, bisher in Mińsk. Der "Kurier" meint, daß die Umruppierung des Heeres in der gegenwärtigen politischen Atmosphäre ein sensationelles Aufsehen erregen wird.

Die Oktoberzulage der Beamten.

Die Staatsbeamten erhalten am 1. Oktober die Gehälter vom 1. September und eine Gesamtsteuerungszulage von 62 v. H.

*

Minister Kucharski weist zurzeit in Genf, wo er an den polnisch-Danziger Verhandlungen über die Danziger Währung mitgewirkt hat. Von Genf begibt sich Kucharski in Sachen der polnischen Anleihe nach Paris zurück. Die Anleiheangelegenheit soll, nach der "Gaz. Warszawska", Fortschritte machen.

Roman Domowski hatte dieser Tage mit dem Ministerpräsidenten Witos eine Besprechung.

Die polnischen Auswandererräte bei den Auslandsgesandtschaften sollen aus Sparmaßnahmen aufgehoben werden. Mit dem Berliner Rat wird der Anfang gemacht werden.

Der Beitrag Polens an den Völkerbund ist von einer Million Goldfranken auf 600 000 Goldfranken herabgesetzt worden.

Die Postagenten drohen, wie polnische Blätter melden, mit dem Streik, wenn auf die Denkschrift der Staatsbeamten an die Regierung nicht eine befriedigende Antwort eingeht.

In der Sowjetunion wütet die Malaria. Nach amtlichen Angaben beträgt die Zahl der gemeldeten Krankheitsfälle rd. 240 000. Die Sterblichkeitsziffer wächst.

Deutsches Reich.

Keine Zinszahlungen der Staats- und Reichsschuldenverwaltung.

Wie von zuständiger Seite von Berlin mitgeteilt wird, sieht sich die Hauptverwaltung der Staatschulden und die Reichsschuldenverwaltung im Hinblick auf die Geldentwertung und die außerordentlich gestiegenen Kosten der Übersendung der Zinsbeträge sowie ihrer Buchung bei den Banken, Sparbanken usw., und zwar auch im eigenen Interesse der Schuldgläubiger und in der Annahme ihres Einverständnisses, veranlaßt, vorläufig von weiteren Zinszahlungen für die im Reichsschuldbuch und früheren preußischen Staatschuldbuch eingetragenen Forderungen abzusehen, unbeschadet des Rechtes der Gläubiger auf den Bezug der Zinsen und vorbehaltlich einer späteren endgültigen Regelung.

Aus anderen Ländern.

Die Mörder der italienischen Delegation gefunden?

Nom, 21. September. (PAT.) Aus Tirano wird berichtet, daß in der Umgegend von Argiro-Gastro ein in griechischer Uniform gekleideter Mann verhaftet wurde, der die Namen der Mörder der italienischen Delegation und die Mitwisser der Mordtat angab.

*

Der Völkerbundsrat beschloß, Abessynien in den Völkerbund aufzunehmen. Der abessynische Delegierte untertrieb eine Erklärung, wodurch die Abschaffung der Sklaverei und die Unterdrückung des Waffenschmuggels verbürgt wird.

Lloyd George ist am 20. d. M. nach Canada abgereist, von dort begibt er sich nach den Vereinigten Staaten. Im Opernhaus will Lloyd George eine Rede halten. Die Rück-

kehr nach England erfolgt vor dem Zusammentreffen des Parlaments.

Aus Tokio berichtet Savas, daß Japan in Ausführung des Washingtoner Abkommens 9 Panzerschiffe vernichtet hat.

Kleine Rundschau.

* Welthandelsflotte. Die Welthandelsflotte bestand nach Zahlen, die in "Wert, Reederei, Hafen" mitgeteilt werden, Mitte 1923 aus 33 507 Schiffen mit 65 168 288 Tonnen. Danach hat sich die Flotte von Mitte 1922 bis Mitte 1923 um den Tonnagebetrag von etwa 800 000 Tonnen vergrößert. Außer Deutschland und Österreich, die ihre Handelsflotten durch die Friedensverträge verloren, weist nur noch Griechenland einen Tonnageverlust gegenüber der Vorkriegszeit auf. Deutschland hat gegenwärtig schon wieder den zweiten Platz in der Reihe der Schiffsflotten der Welt erobert. Sein Bestand an stählernen Dampfern und Motorschiffen hat die Hälfte des Vorkriegsumfangs erreicht. Die Handelsflotten Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten umfassen eine beträchtliche Tonnage, die ehemals deutsch war. Der Anteil der neuen, in den letzten fünf Jahren gebauten Schiffe ist sehr verschieden; er beträgt bei den Vereinigten Staaten 57,3 Prozent, bei Deutschland 52,6 Prozent, bei Großbritannien dagegen nur 20,1 Prozent. Erheblich zugewonnen hat gegenüber der Vorkriegszeit der Bestand an Dampfern und Motorschiffen über 4000 Tonnen. Die großen Dampfer über 15 000 Tonnen machen etwa 3 Prozent der Gesamttonnage aus.

In Deutschland

bestellt man die

Deutsche Rundschau

für d. Monat Oktober durch Einzahlung von 500000 Mark
(einschließlich Porto) auf
Postcheckkonto Stettin 1847.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit aufgefordert.

Bromberg, 24. September.

Verband deutscher Industrieller und Kaufleute.

Die Ortsgruppe Bromberg des Verbandes deutscher Industrieller und Kaufleute hielt am Donnerstag, 20. September eine Generalversammlung im Friedrich mit nachstehender Tagesordnung ab: 1. Bericht der Kommission über die statthaften Haussuchungen und Richtpreise. 2. Vortrag des Herrn Dr. Schönbeck: "Die deutsche Schule in Polen." 3. Vorsitzwahl. 4. Verschiedenes. Der zweite Vorsitzende Herr Bendt eröffnete um 8½ Uhr die Sitzung und erließ zunächst Herrn Dr. Schönbeck das Wort zu seinem Vortrag. In längeren Ausführungen gab der Redner ein Bild über das Schulwesen und die Entwicklung der Volkss- und höheren Schulen in unserem Gebiet und kam zu dem Schluss, daß die deutsche höhere Schule hier nur mit Aufsicht großer Mittel zu halten sein werde, woran sich jeder im Interesse des Weiterbestehens der Anstalten mit einem Schulbeitrag beteiligen solle. Herr Bendt dankte dem Redner für den äußerst fesselnden Vortrag und stellte nach längeren Ausführungen den Antrag, sofort eine Bezeichnungsliste für die Schule in Umlauf zu setzen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Sodann sprach der Geschäftsführer des Verbandes über die Schritte, die die Verbandskommission in der Anleihenzeit der Haussuchungen und Richtpreise unternommen hat und teilte gleichzeitig mit, daß alle Eingaben an die Handelskammer in polnischer Sprache verfaßt sein müssen. Über diesen Punkt entpann sich eine sehr lebhafte Debatte, an der sich ein großer Teil der Anwesenden beteiligte. Hierauf wurde zur Vorsitzwahl geschritten. Aus dem sehr lebhaften Wahlgange gingen her vor: Herr Bendt als 1. Vorsitzender, Herr Braun als 2. Vorsitzender, Herr Albrecht Schmidt als Schriftführer, und die Herren Groß und Ross als Beisitzer. Sämtliche Herren nahmen die Wahl an.

Der Geschäftsführer sprach sodann über die Umsatzsteuerbücher und die Verpflichtung zu deren Führung für die verschiedenen Kategorien. Ferner wurde über die Strafentziehung gesprochen und die Tätigkeit der Haussuchervereine zu dieser Angelegenheit einer Kritik unterzogen. Herr Ross berichtete über die Stellungnahme des Haussuchervereins und die weiteren Schritte, die dieser in der Angelegenheit unternehmen werde. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, teilte der Vorsitzende den erfreulichen Erfolg der in Umlauf gesetzten Bezeichnungsliste für die deutsche Schule mit, dankte allen Anwesenden und schloß die Sitzung um 11 Uhr.

Verordnung über den Kraftwagenverkehr

und die Ausweise der Chauffeure.

In einem Rundschreiben an die Starosten, daß Starostwo Grodziec in Polen und den Stadtpräsidenten in Bromberg erinnert der Posener Wojewode daran, daß die Verordnung der Minister für öffentliche Arbeiten und für innere Angelegenheiten vom 6. 7. 22 über den Verkehr mit Kraftwagen am 16. 2. 23 in Kraft getreten ist. Der Wojewode bestimmt als letzter Termin zur Anmeldung zur Registrierung der Kraftwagen den 1. Oktober. Nach Ablauf dieses Termins werden Besitzer von Kraftfahrzeugen, die nicht bis zum 1. Oktober registriert sind, oder die nur eine einstweilige Legitimation haben, rücksichtslos auf Grund des § 45 der oben erwähnten Verordnung bestraft und verlieren das Recht der Benutzung der Kraftwagen auf den öffentlichen Wegen bis zur Registrierung. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die alten Ausweise der Chauffeure (die vor dem Jahre 1923 ausgegeben sind) bis zum 1. November 1923 gültig sind. Nach Ablauf dieses Termins verlieren die Inhaber solcher Ausweise das Recht, Kraftwagen zu lenken. Vom 1. November 1923 ab werden neue Chauffeurausweise (ausgegeben im Jahre 1923) und die alten, aber nur auf Grund eines in Übereinstimmung mit der Verordnung vom 6. 7. 23 vorgelegten Antrages verlängerten Gültigkeit haben. Die alten verlängerten Ausweise müssen bei der Ausstellung der neuen abgegeben werden.

§ Neue Gebührenordnung. In Nr. 34 des Amtsblatts der Posener Wojewodschaft ist eine Verfügung des Wojewoden veröffentlicht, die die Änderung der Gebührenordnung betrifft. Nach dieser Verfügung ist der Tarif fünffach erhöht, was einem Drittel des Vorkriegstariffs entspricht.

Herbstanfang haben wir kalendermäßig am heutigen 24. September, und treten damit in das letzte Viertel der Jahreskurve, die uns dem Winter entgegenführt. Der Sommer hat uns an seinem letzten geistigen Tage zum Abschied noch eine sommerlich milde Witterung beschert, woraus wir vorerst die Hoffnung schöpfen wollen, daß diesem Abschied, wie es auch sonst unter guten Freunden auch in den Herbsttagen folgen wird. Immerhin bedeutet die heutige Scheidegrenze der Jahreszeiten, die Tag- und Nachtgleiche, auch eine Mahnung dahin, sich rechtzeitig auf den herannahenden Winter einzustellen, nach dem Sprichwort, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist. Die Warnung für die winterliche Zeitperiode ist ja auch schon seit längerer Zeit im Gange, wie man täglich im Straßenverkehr beobachten konnte. Hoffen wir nur, daß der heute "offiziell" beginnende Herbst sich nicht einfallen läßt, etwa die Rolle des Winters übernehmen zu wollen und damit vorzeitig die kostspieligen Gegenmaßnahmen zu erzwingen.

Die angekündigte Erhöhung der Posttarife ist beschlossene Sache und tritt am 1. Oktober in Kraft. Die am letzten Sonnabend, 22. September, erschienene Nummer des Amtsblatts des Post- und Telegraphenministeriums enthält die neuen Gebührensätze, die wir in folgender Weise in den nächsten Tagen bekannt geben werden. Im allgemeinen sind die Gebühren um 200 Prozent erhöht worden, so daß also z. B. Briefe im Inland 8000 Mark, nach dem Auslande 6000 Mark kosten werden.

Rentennachzahlungen. Die Postämter sind angewiesen worden, den Empfängern von Alters- und Invalidenrenten, Witwen- und Waisenrenten am 1. Oktober für die Monate Mai und Juni die Differenz zwischen dem früheren und dem jetzigen Teuerungszuschlag auszuzahlen. Die Differenz beträgt bei Alters- und Invalidenrenten ungefähr 150 000 M., bei Witwenrenten 36 000 M. und bei Waisenrenten ungefähr 19 000 M. Dem Vernehmen nach sollen die gegenwärtigen Teuerungszuschläge zu allen Sozialversicherungsrenten demnächst sehr beträchtlich erhöht werden.

Marktdeckstahl. Auf dem letzten Wochenmarkt am Sonnabend wurde einer Frau eine Handtasche mit anherrnd zwei Millionen Mark barem Gelde gestohlen.

Einbruchdiebstahl. In Klein Bartelsee (Male Bartosz) drangen Einbrecher in eine Wohnung des Hauses Lange Straße (ul. Ruska) 7 und entwendeten dort Kleidungstücke im Wert von 18 Millionen Mark.

In polizeilicher Aufbewahrung in der Kriminalpolizei, Zimmer 78, befindet sich eine aus einem Diebstahl herührende goldene Damenuhr. Die Bestohlene kann sich dort melden.

Gestohlenen wurden vorgestern und gestern 16 Personen, 7 Betrunken, 4 Sittendamen, 4 Diebe und eine Person wegen Hohlerei.

* Bißa (Bessano), 22. September. Vor kurzem wurde in unserer Stadt ein Museum eröffnet. Die Idee dazu wurde schon vor ca. 15 Jahren gefaßt, auch damals vereinzelte Gegenstände, die mit der Geschichte der Stadt und Umgebung in Verbindung stehen, und sich in Privatbesitz befanden, abgeliefert oder zur Verfügung gestellt. Jetzt ist es einem neu gebildeten Komitee gelungen, eine wenn auch bescheidene Sammlung alteschichtlicher oder seltener Gegenstände zusammenzubringen. Die Sammlung bietet viel des Sehenswerten.

dr. Nakel (Naklo), 23. September. Am Sonnabend, 22. September, ertönte kurz vor 3/41 Uhr abends Feueralarm. Dieses mal war es glücklicherweise nur ein Probealarm der Freiwilligen Feuerwehr. In wenigen Minuten waren die Wahr und die Pferde am Spritzenhaus. Es wurde der Kohlensäurelöscher, die mechanische Leiter und Spritze I bespannt und die Wahr war zur Abfahrt fertig. Der Vorsteher der Wahr, Herr Cieslowski, teilte darauf mit, daß es sich um einen Probealarm der Freiwilligen Feuerwehr handelte und dankte der Wahr für ihre rege Tätigkeit bei den Übungen und Bränden.

* Posen (Poznań), 22. September. Am 9. August entstand in Morasko bei Posen ein Feuer, das zwei mit Getreide gefüllte Scheunen einäscherte. Man nahm an, daß das Feuer angelegt war, und der Verdacht lenkte sich auf den 14jährigen knecht Jurko Bogacki, der aus dem Kreis Kalisch stammt und plötzlich verschwunden war. Die Polizei hat im Kalischer Kreise recherchiert, doch vergeblich. Als die Aufräumungsarbeiten nach dem Brande in Morasko vorgenommen wurden, fand man jetzt die Leiche des jungen knechts, so daß die Annahme, daß das Feuer von ihm angelegt war, hinfällig wird.

* Posen (Poznań), 22. September. Ertrunken ist bei einem Klassenauflaß einer Posener höheren Schule der 15jährige Untersekundaner Noac aus Wollstein beim Baden im Kesselssee bei Ludwigs Höhe. Er nahm trotz des ausdrücklichen Verbots des Klassensitzers zusammen mit einem anderen Schüler ein Bad, durchschwamm den See und ging plötzlich in der Nähe des Ufers unter. Die Leiche des Schülers, des einzigen Sohnes seiner Eltern, ist bisher noch nicht gefunden worden. — Der Stadtteil Wilda erhält eine neue katholische Kirche unter dem Namen Auferstehungskirche. Die feierliche Grundsteinlegung der bereits seit einiger Zeit im Bau begriffenen Kirche wurde vom Kardinal-Erzbischof Dr. Dalbor jetzt vollzogen.

Vor vierzig Jahren — und heute.

In der "Danziger Freien Presse" veröffentlicht Dr. E. von Behrens, der in diesen Tagen wegen Beleidigung des abgedankten Führers der Nationalen Arbeiterpartei Dr. Bachowiak zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, folgende beschaulichen Erinnerungen an seinen längst verstorbenen Vater, den Vorgänger des bekannten Generalsuperintendent Bursche in Warschau.

Es sind volle 40 Jahre seit dem schönen Abend verflossen, wo ich als kleiner Knabe im alten Pastorhaus zu Neuhof den Gesprächen lauschte, die von meinem seligen Vater und seinen Hausfreunden geführt wurden. Es war eine gefährliche Zeit. Eine Polenverschwörung wurde wieder einmal in Warschau aufgedeckt, die Bittadelle ward von Verhafteten überfüllt — und — auf dem Heuboden des evangelischen Pastors, das sich mein Vaterhaus einst nannete, lagen seit fünf Tagen zwei Flüchtlinge versteckt, die man mit Hilfe der treuen deutschen Kolonisten in dieser Nacht nach Soldau, an die deutsche Grenze, abtransportieren sollte. Einsteilen hatte ich im tiefsten Geheimnis die beiden Studenten mit Nahrung, Büchern und Wasser zu versorgen gehabt. Ich war also ein Gingewicht! — — Der katholische Pfarrer, der Notar, der Apotheker, der Bürgermeister und der Arzt, alle Polen, außer meinem Vater, der ein Deutscher war — saßen friedlich beisammen, wie Brüder und plauderten in Vaters Arbeitszimmer. Man sprach lebhaft die Frage, ob ein vernünftiger Mensch riskieren darf, sich mit Politik zu befassen, oder ob es nicht vielmehr weiser sei, sich beider auf den Erwerb seines täglichen Brotes zu beschränken, und „dem Kaiser das zu überlassen, was des Kaisers ist“. Unter der Bezeichnung „Politik zu treiben“ verstand man

Handels-Rundschau.

Das polnisch-jugoslavische Handelsabkommen ist bereits im Oktober v. J. abgeschlossen worden, gelangt aber erst in der diesjährigen Herbstsitzung der Nationalversammlung zur Vorlage. Gegenstand des Abkommens bilde in der Hauptstrecke der Handels-, Eisenbahn- und Schiffsverkehr sowie die Rechtslage der Staatsbürgen des einen Landes auf dem Gebiete des anderen Staates. Zugrunde liegt das Prinzip der Meinungsvereinigung und des freien gegenseitigen Handelsverkehrs. Beschränkungen oder Verbote dürfen nur zwei Monate nach Bekanntmachung in Kraft treten. Transitware darf nicht verzollt werden. Jugoslawien verpflichtet sich, die Ausfuhr von Mineralien und Rohstoffen zu gestatten, Polen die Ausfuhr von Zucker und Naphthaerzeugnissen. Auch darf Polen teilweise die Einfuhr von Wein nicht verbieten.

Die polnischen Handelsvertragsverhandlungen mit Bulgarien und diejenigen mit England und Dänemark werden am 1. Oktober wieder aufgenommen werden. Anderungen des polnisch-österreichischen Handelsvertrages, der in der Praxis verschiedene Unzuträglichkeiten gezeigt habe, sollen anlässlich des Besuches des österreichischen Kanzlers Seppel in Warschau zur Sprache gebracht werden.

Auf Förderung der polnischen Handelsbeziehungen mit Südafrika hatte die polnische Gesandtschaft im Haag Verbindungen über Rotterdam anzuknüpfen versucht. Wie "Kurier Voranny" meldet, sind jetzt von der holländischen Handelskammer in Johannesburg bereits Anfragen nach Bink, Binfleisch, Zigarettenpapier, Eisen- und Holzerzeugnissen sowie Doseffüller eingegangen.

In der polnischen Gummi-Industrie sind 8 Fabriken mit 800 Arbeitern im Betriebe. Eine liegt aus Mangel an Betriebskapital still und eine weitere ist noch im Bau und kann erst in einiger Zeit in Betrieb genommen werden. Die Gesamtproduktion beläuft sich monatlich auf 6000 Meter Gewebe, 20 000 Stück Schläuche, 18 000 kg. technische Gummirzeugnisse und 8000 Stück Raddecken. Die von polnischen Blättern ausgesprochene Erwartung, daß der inländische Bedarf schon bald von der heimischen Gummi-Industrie gedeckt werden könne, dürfte sich wohl als rechtlich optimistisch erweisen.

Die Spiritusproduktion Galizien steht in diesem Jahre weit hinter denjenigen des Vorjahrs zurück. Bereits Ende Junt wurde die Beschaffung der Rohstoffe beendet. Trotz der auf dem Spiritusmarkt weiter herrschenden Krise sind die Preise erheblich gestiegen. Die vorhandenen Vorräte dürften bis zur Eröffnung der neuen Kampagne ausreichen.

Geldmarkt.

Die polnische Mark am 22. September. Es wurden gezahlt für 100 Polenmark: in Danzig 54 618,12—54 886,88; Auszahlung Warschau und Posen 58 865—54 125; in Prag, Auszahlung Warschau 0,0075; in London, Auszahlung Warschau 0,00127; in Zürich, Auszahlung Warschau 0,0018; in New York, Auszahlung Warschau 0,00031.

Warschauer Börse vom 22. September. Scheine und Münze: Belgien 14 000, Danzig und Berlin 0,00185, London 1 364 500—1 303 500, New York 297 500—287 000, Paris 17 250—17 200, Prag 8625, Wien 407, Schweiz 50 900, Italien 12 900. — Dienstmarken (Auszahlung und Umtausch): Dollar der Vereinigten Staaten 297 500—287 000.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 22. September. Banknoten: 1 amerik. Dollar 178 565 000 Gold, 174 485 000 Brief, 100 poln. Mark 54 618,12 Gold, 54 886,88 Brief. 1 Pfund Sterling 828 912 500 Gold, 887 087 500 Brief, Paris 1 Frank 11 970 000, 12 030 000 Brief. Verkehrsbriefe Schied: Warschau 53 865 Gold, 54 125 Brief.

Schlußkurse vom 22. September. Danziger Börse: Im Abendverkehr der Dollar 175 000 000, Polenmark 55 000; New Yorker Parität 111 111 11.

Zürcher Börse vom 22. September. (Amtliche Notierungen.) Warschau 0,0018, New York 5,68, London 25,61, Paris 33,65, Wien 0,0079, Prag 16,70, Italien 25,82, Belgien 28,80, Berlin (für eine Milliarde) 25.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für 100 deutsche Mark 15 Pfennige, 1 Goldmark 65 187, 1 Silbermark 26 800, 1 Dollar, große Scheine 287 000, kleine 284 180, 1 Pfund Sterling 1 303 000, 1 franz. Franken 17 100, 1 Schweizer Franken 50 900, 1 Blotz 45 000.

Produktionsmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit vom 20. Sept. bis 22. Sept. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Weizen 800 000—850 000 M., Roggen 400 000—510 000 M., Rüttigerkörner — bis — M., Braunerde 500 000—540 000 M., Keflerkörner 1 000 000—1 200 000 M., Bitterkörner 1 300 000—1 600 000 M., Hafer 420 000—470 000 M., Fabrikartoffeln — bis — M., Speisekartoffeln — bis — M., Weizenmehl 70% (inkl. Sac) — bis — M., Roggenmehl 70% (inkl. Sac) 880 000—920 000 M., Weizenkleie 250 000 M., Roggenkleie 240 000 M.

Amtliche Notierungen der Breslauer Getreidebörse vom 22. Septbr. (Die Großhandelspreise verleihen sich für 100 Kilogr.)

Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung. Weizen 850 000—890 000 M., Roggen 480 000—520 000 M., Gerste 430 000—470 000 M., Braunerde 500 000—540 000 M., Weizenmehl umjählig, — M., Roggenmehl 860 000—910 000 M. (inkl. Säde), Weizenkleie 240 000 Mark, Roggenkleie 230 000 M., Hafer 460 000—490 000 M., Raps 900 000—1 000 000 M., Odermennig 700 000 bis 800 000 M., Bitterkörner 1 000 000—1 450 000 M., Kartoffeln 85 000—90 000 M., Fabrikartoffeln 70 000—80 000 M. — Tendenz: fest. Geringe Zuflüsse, sonst Situation unverändert.

Danziger Getreidenotierungen (amtlich) vom 22. September. Weizen 1,30—1,40 Dollar; Roggen 0,90—0,92½ Dollar; Gerste 0,90 bis 1,05 Dollar; Hafer 0,90—1 Dollar.

Materialienmarkt.

Baumaterialien. Warschau, 22. September. Orientierungspreise in Mark: gewöhnlicher Ziegel das Stück 1800, Maschinenziegel 1700, loko Siegeliet, Densfacheli 12 000—15 000 das Stück.

Metalle. Katowice, 22. September. Von 24. September ab gültige Preise in tausend Mark je Kilogramm: Stahl- und Formisen 14,4, Bandisen 16,7, Universalfisen 17,8, Binkblech bis zu 1 Millimeter Stärke 25,5, 1—3 Millimeter 24,8—5 Millimeter 21,8, dicker 5—6 Millimeter 21,2, 6—7 Millimeter 20,8, 7—8 Millimeter 20,4, 8—10 Millimeter 19,8, Wellblech 3—4 Millimeter 25,75, 4 bis 5 Millimeter 24,75, 5—6 Millimeter 23,7, 6—7 Millimeter 22,8, 7—8 Millimeter 21,8, 8—9 Millimeter 21,6, 9—10 Millimeter 21,4, 10 Millimeter und stärker 21. Alle Preise verstehen sich loko Hütte.

Kohlen. Krakau, 22. September. Preise für 1 kg. loko Krakau in tausend Mark: Binkweiss 80, gewöhnliches helles und

dunkles Ugler 14, französisches 24, Terra Anglica 8, gelbes Umbra 18, Kalkgrün 36, Zitronenfarbe 38, Mennig 72, hellgrüne Ölfarbe 60, dunkle 42, Rosenfarbe 42, schwarzes imitiertes Binnover 60, blaues Ultramarin 180, gewöhnliche schwarze Farbe 12. Tendenz befestigt.

Holzmarkt.

Die Gründung einer Holzbörse in Bromberg, die bekanntlich seit längerer Zeit von der Bromberger Handelskammer energisch betrieben wird, bestimmt jetzt auch das Warschauer Blatt "Kurier Voranny", was um so bemerkenswerter ist, als die Warschauer Presse bisher sich meist gegen diese Einrichtung gemacht hat. Der Mangel einer Holzbörse in einem so reichen Lande macht sich, so fördert das Blatt, schon ganz empfindlich bemerkbar. Mit der Gründung dieser Börse werde das Vertrauen des Auslands zu den polnischen Holzkausleuten und der polnischen Exportkultivation wieder steigen. Auch werde diese Börse zur Bildung von Holznormalmäßen und Notierung festen Holzpreise führen.

Der polnischen Holzmarkt. Wegen Beendigung der diesjährigen Einschlagskampagne ist das Angebot von Holzmaterialien, besonders von Langholz und Klößen, sowie von meidem Schnitholz, minimal und nimmt immer mehr ab. Die Pommeresche Schneide mühseln sichere größere Mengen Rundholz. Infolge des neueren Sturzes der polnischen Mark gingen die Holzpreise ungefähr in demselben Verhältnis in die Höhe. Bei einem Kurie von 1 240 000 Mark für das engl. Pfund, wurden loko Waggon in den Forstzentren in 1000 Mark angeboten. Schätzungsweise 250 000 Pfund engl. Pfund für den Export, unfortified Stammholz, ohne Fehler, mehr als 10 Zoll engl. Durchmesser 1400—1500 und mehr, ebensoleiche Fichte und Tanne um 10 bis 12 Prozent billiger. Gewöhnliche Schneide-Langholz für 16 Zentimeter Durchmesser am dünneren Ende, ohne besondere Auslegungen bis 1000, sogar höher. Erlenklößen für den Export, Stammholz 1. Gattung 1100—1200. Papierfichte mit möglichem Be darf 550—600 pro Raummeter. Grubenholz in ganzen Längen (nicht ausgeschnitten) 500—540. Eichenklößen, Stammholz, mehr als 30 Zentimeter Durchmesser, gemeinen ohne Minde, glatte Tischlerware für den Inlandsmarkt 1800—1800 je nach Qualität und Entfernung von der Station. Eichenklößen 1. Gattung, Tischlerware, unfortified Stammholz, ohne Fehler, mehr als 10 Zoll engl. Durchmesser 1400—1500 und mehr, ebensoleiche Fichte und Tanne um 10 bis 12 Prozent billiger. Gewöhnliche Schneide-Langholz für 16 Zentimeter Durchmesser am dünneren Ende (ohne Minde), meistens Holz mit dünnen Gräden, ohne Knorren und Fehler 8500—8800 je nach Spezifizierung bei verringertem Angebot und starker Tendenz. Telegrafenstangen aus Eiche, normale Exportausmaße 800—900. Tischler-Stammholz ohne Fehler: Ulme und Rüster 1200—1250, Weißbuche 900—1000, Birke 800—650, Horn 1250—1300, Eiche 1300—1400, Eule 900—1000, Linde 1000—1050, bei kleinen Umfängen wegen fehlender Nachfrage. Gehobene Tischbodenstücke: Eiche mit Friesen 150—160 pro Quadratmeter. Breitspirige Eisenbahnschwellen: Tiefen für die Staatsbahn loko Eisenbahnstrecke 180—140, Tiefen für den Export 170—180, Doppel-Sleepers 320—340, eichene Schwellen für den Export 200—220, belastbares Rundholz, Eiche, 860—880 pro Stück. Brennholze, gewöhnlich und trocken, bis 600 pro 10 000 kg. loko Waggon-Berladestation bei steigendem Bedarf. Tendenz steigend.

Wilsauer Holzpreise. Auf dem Holzmarkt im dortigen Bezirk herrscht seit längerer Zeit Ruhe. Angebote hielten sich in geringen Grenzen. Für Tiefenklößen von 20—25 Zentimeter Durchmesser wurde 15—16 Schilling pro Zentimeter gezahlt, für solche mit 25 bis 35 Zentimeter Durchmesser 18 Schilling, über 35 Zentimeter Durchmesser 20—21 Schilling. Grubenholz (Stempel) notierte 2½ Pfund Sterling, Eisenholz 25 Schilling, Papierholz 19,50—20 Dollar je Raummeter, Sleeper kostete 8—8,5 Schilling pro Stück und tieferne Bretter für Exportzwecke 12—18 Pfund Sterling je Standard.

Maasberg & Stange

Bydgoszcz, Pomorska 5

Telegr.-Adr.: „Masta“

Steinkohlen, Hüttenkoks, Holzkohlen
Kalk, Zement.

Gross-Vertrieb und General-Vertretungen.

8733

Bank H. Pfotenhauer

Kom.-Ges. auf Akt

Gerichtsurteil über die Löschung von Vorkriegshypothesen.

Das Klageanträge von Hypothekenschuldern auf Löschung von Vorkriegshypothesen, die nach dem Kriege geübt oder im Nominalbetrag bereits zurückgezahlt worden sind, von polnischen Gerichten in vielen Fällen abgewiesen worden sind, ist seit langem bekannt. Die Gerichte stellen sich in solchen Fällen grundsätzlich auf den Standpunkt, daß, wenn bei dem jeweils schlechten Zustand derartigen Klageanträgen stattgegeben würde, dem Gläubiger unverdientermaßen Nachteile erwachsen würden, wogegen der Schuldner gleichfalls unverdient aus einer solchen Regelung Gewinn ziehen würde. Interessant ist es nun, im einzelnen die Gründe kennen zu lernen, die für diese Entscheidungen maßgebend waren. Das "Posener Tageblatt" ist in der Lage, zwei derartige Urteile nebst Begründung mitzuteilen.

In dem einen Urteil, das vom Bezirkgericht in Bromberg gefällt wurde, handelt es sich um die Löschung einer Hypothekenschuld von 11 000 Mark. Der Beklagte lehnte die Löschung ab, indem er Bezahlung in Gold verlangte, da das Darlehen zu einer Zeit gegeben wurde, als die Goldwährung in Geltung war. Das Gericht wies den Kläger, der auf Löschung der Hypothek geflagt hatte, ab und legte ihm die Kosten auf. Das Urteil wurde wie folgt begründet:

Die vom Beklagten angegebenen Umstände werden vom Kläger nicht bestritten. Der Beklagte begründet seinen Antrag auf Grund der Bestimmungen des Zivilgesetzes, nach denen der Kläger verpflichtet ist, den geleisteten Betrag in demselben Werte dem Gläubiger zurückzuzahlen, in dem er ihn erhalten hat, und der teils in Goldmünzen und teils in Banknoten bestand; infolgedessen ist der Schuldner verpflichtet, dem Gläubiger einen dem geleisteten Goldwert entsprechenden Gegenwert zurückzuerstatten, wenn er im eigenen Interesse von der Abtragung der Schulden Gebrauch machen und eine Genehmigung zur Streichung der Hypothek im Hypothekenbuch erwirken will. Das Sejmgesetz vom 20. November 1919, das im ehemals preußischen Teilgebiet an Stelle der deutschen Mark die polnische als gleichwertig feststellt, kann das Recht des Gläubigers nicht schmälern, da der Zweck des Gesetzes unzweifelhaft lediglich in der Beseitigung der deutschen Mark als Zahlungsmittel bestand, wodurch die Valuta unifiziert werden sollte; die polnische Mark wurde der deutschen lediglich aus fiskalischen Gründen gleichgemacht.

Unstreitig ist, daß das Darlehen durch den Schuldner in deutscher Goldwährung entnommen worden ist, und deshalb kann es nicht jetzt in polnischer Mark ohne gesetzlich festgesetzten Wert zurückgegeben werden. Andernfalls wäre die Rückzahlung von Vorkriegshypotheschulden für den Schuldner ein ungerechtfertigter Gewinn, für den Gläubiger dagegen eine empfindliche Benachteiligung, was unzweifelhaft mit den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit im Widerpruch stände. Einen ähnlichen Standpunkt haben in analogen Fällen auch andere Gerichte Polens eingenommen. Aus diesen Gründen hat das Gericht die Forderung des Klägers im ersten Teil des Antrages als unbegründet angesehen, was gleichzeitig die Unzulänglichkeit des Antrages in seinem zweiten Teil in sich schließt, und deshalb wird die Forderung des Klägers zurückgewiesen.

Bromberg, 21. Oktober 1922.

Sad okregowy w Bydgoszczy Nr. 43/22.

In einem zweiten Falle, der aus dem Januar dieses Jahres datiert und mit dem sich das Bezirkgericht in Konitz beschäftigte, handelt es sich um denselben Gegenstand. Dieser Fall war jedoch insfern verwirrender, als der Kläger bereits einen Teil des Beitrages abgezahlt hatte. Das Gericht stand jedoch auch hier auf dem Standpunkt der Beklagten, einer Witwe aus Tuchel, und wies die Klage des Klägers, der die Löschung der Hypothek forderte, ab. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.:

In jedem von zwei Seiten abgeschlossenen Verträge sind außer den genau stipulierten und festgelegten Bestimmungen auch unbedingt stillschweigende Bedingungen enthalten, ohne welche die Vertragschließenden nichts vereinbaren könnten, und zwar solche, wie sie zur Zeit der Übernahme der Verpflichtungen durch den Schuldner in allgemein weltlicher, politischer, handels- und valutarischer Beziehung herrschten, dieselben oder gleich denselben, die die Grundlage und den Rahmen der Transaktion und der Verkehrsumstände zur Zeit des Vertragschlusses bildeten, und daß zur Zeit der Erfüllung der Verpflichtung durch den Schuldner dieser diese Verpflichtung in derselben Weise erfüllen wird, daß der Gläubiger für seine frühere Leistung eine Gegenleistung in demselben Werte zu erhalten hat. Daraus entspringt die logische Konsequenz, daß der Schuldner, der in den Jahren 1911 bzw. 1912 als Darlehen insgesamt 181 620 Mark erhalten hat, diesen Betrag in dem-

selben Werte bzw. Quantum zurückzugeben muß, daß der Gläubiger durch die Devaluation keinen Schaden erleidet. Dies widerspricht nicht dem Devisengesetz vom 29. November 1919, in dem es sich um die Gleichstellung der polnischen Mark mit der deutschen handelt; hier handelt es sich darum, daß sogar im Falle der Bezahlung der Schuld in deutscher Währung der Gläubiger keinen Schaden erleiden darf, der daraus entspringen könnte, daß der Schuldner seine ursprüngliche Schuld in nominaler Schuldhöhe bezahlt, die beim gegenwärtigen Tiefstand des Geldes nicht einmal zur Deckung der Zinsen von dem tatsächlichen Wert des Darlehens ausreichen würde, wenn erwogen wird, daß der Wert der Produkte um das 2000- bis 5000fache gestiegen und der Wert des Geldes in demselben Verhältnis gesunken ist. Es muß auch in Erwägung gezogen werden, daß bei Hypothekendarlehen die Geldanlage nach dem Willen der Vertragschließenden sicher und fest sein sollte, d. h. unabhängig von den Schwankungen des persönlichen Bestes des Darlehensempfängers, und deshalb ist es unzulässig, daß dieser Gläubiger, der im guten Glauben das Hypothekendarlehen erteilte, jetzt in Not gerät infolge der nicht durch seine Schuld eingetretene Geldentwertung und andererseits, daß der Schuldner als Realienbesitzer aus diesem Nachteil profitieren, aber unberechtigten Nutzen zieht, den er weder durch Arbeit noch durch Kapitalanlage verdient hat. Man könnte das Sinken des Geldwertes als Zufall ansehen, der sich im Bestand des Gläubigers zugetragen hat, jedoch nur bei persönlichen Darlehen, aber nicht bei realem Darlehen, an denen der Schuldner sich übermäßig bereichern könnte auf Kosten des Gläubigers.

So lange deshalb der Kläger sich nicht ausweist, daß er dem Angeklagten nicht einen Betrag oder einen anderen Wert zurückgestattet hat, der voll oder wenigstens teilweise dem Werte des entnommenen Darlehens entspricht, so lange kann er keine Löschung dieser Schuld aus dem Grundbuch erreichen.

Unterzeichnet Dr. Halpern.

3 O. 778/22. Veröffentlicht 27. 1. 1923.

Die Landwirtschaft im Lichte der Wahrheit.

Wir haben bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß die Vorwürfe, die dem Landwirt wegen der augenscheinlichen Verkürzung aller Produkte gemacht werden, hoffloses Gerücht sind, solange die Industrie erzeugt, auf die der Landmann in Wirtschaft und Haushalt angewiesen ist, in weit stärkerem Maße im Preise gestiegen sind. Ein Echo dieser Erwägungen findet mit im "Dziennik Poznański", in dem der Sejmabgeordnete und Vorsitzende des Verbandes polnischer Bauernvereine, Kazimierz Brzozowski, eine Zusammenstellung der Preise gibt, welche die Landwirtschaft am 30. Juli d. J. für ihre Erzeugnisse erhält, und der Preise, die sie an demselben Tage für Dinge, deren sie bedürftig, zahlen mußte, und zwar mit Umrechnung in Schweizer Franken (da Industrie und Handel sich bei ihren Preisübersichten des Dollars und des Schweizer Franken bedienen).

Am 30. Juli kostete der Schweizer Franken 26 550 Mark. Im Jahre 1914, vor Beginn des Krieges, kostete 1 Bentner Roggen 8 Mark, d. h. 10 Schweizer Franken. Er müßte also heute $10 \times 26 550 = 265 000$ Mark kosten. Er kostete aber 145 000 Mark. Nach demselben System berechnet ergaben sich für die anderen hier in Betracht kommenden Artikel folgende Preise:

Im Jahre 1914 kostete der Bentner Hufeisen 18 Mk. = 15 Franken; müßte heute 398 000 Mk. kosten, kostet aber 900 000 Mk. Stabeisen im Jahre 1914 der Bentner 7 Mk. = 9 Franken; müßte 239 000 Mk. kosten, kostet aber 700 000 Mk. Nagel der Bentner 10 Mk. = 12,5 Franken; müßte 381 000 Mk. kosten, kostet aber eine Million. Pfuglache 1914 der Bentner 12 Mk. = 15 Franken; müßte heute 398 000 Mk. kosten, kostet aber 1 200 000. Kohle 1914 der Bentner 1 Mk. = 1,25 Franken; müßte 33 000 Mk. kosten, kostet aber am 30. Juli 65 000 und kostet heute mehr als 100 000 Mk. Thomasmühle 1914 der Bentner 2 Mk. = 2,5 Franken; müßte 66 000, kostet aber 120 000 Mk. Superphosphat der Bentner 3 Mk. = 3,6 Franken; müßte 95 000 Mk. kosten, kostet aber 160 000 Mk. Das Meier 2 ein und 1/2 Mk. = 1,25 Franken, müßte 33 000 Mk. kosten, kostet aber 96 000 Mk.

Auf der andern Seite:

Bei Eisen 1914 Bentner 10 Mk. = 12,5 Franken; müßte 331 000 Mk. kosten, kostet aber 260 000 Mk. Gerste 1914 7 Mk. = 9 Franken; müßte 238 000 Mk. kosten, kostet aber 140 000 Mark. Kartoffeln 1914 2 Mk. = 2,5 Franken, jetzt 20 000 Mk. statt 66 000 Mk. Milch 1914 0,14 Mk. = 0,18 Franken; jetzt 2000 Mk. statt 4800 Mk. Schweine 1914 der Bentner 50 Mk. = 60 Franken; jetzt 875 000 Mk. statt 1 593 000. Rindvieh 1914 der Bentner 85 Mk. = 42 Franken; nunmehr 700 000 Mk. statt 1 115 000 Mk. (Die Preise verlieren sich für den 30. Juli.)

Herr Brownford fährt fort:

"Ich denke, daß diese Ziffern deutlich genug von dem Schaden sprechen, den die Landwirtschaft leidet. Wenn die Eisenindustrie und jede andere Industrie vielfach mehr nimmt für gefertigte Artikel, während die Landwirtschaft die Hölste nimmt, ein Drittel und oft mehr als niedrigere Preise für ihre Produkte nimmt, dann wird doch selbst ein Kind einsehen, daß die Landwirtschaft mit voller Kraft dem Untergang entgegenstrebt. Noch einige Beispiele. Nicht mehr vom 30. Juli, sondern aus den letzten Tagen. Für einen Bentner Roggen erhält der Landwirt vor dem Kriege acht Bentner Kohle. Heute kostet die Kohle in Posen ungefähr 140 000, der Roggen aber 160 000, also kostet Bentner für

Bentner. Ist das das richtige Verhältnis? Superphosphat kostet 250 000 Mark der Bentner, vor dem Kriege 8 Mark. Demnach erhält der Landwirt vor dem Kriege für einen Bentner Roggen $\frac{1}{2}$ Bentner Superphosphat. Heute erhält er nur 88 Pfund. Der kleine Landwirt erhält im Kleinverkauf nicht einmal den vollen Preis für das Getreide. Vor dem Kriege bekam der Landwirt für einen Bentner Roggen ungefähr 8 Bentner 30 prozentiger Pottasche. Heute erhält er ungefähr Chilesalpeter oder Ammonit für den Bentner Roggen, heute kommt er kaum die Hälfte.

Man sagt von den Landwirten, daß sie viel Geld haben. Wenn ein Landwirt Geld hat, dann nur deshalb, weil er nichts in die Wirtschaft hineingelegt hat, das heißt nicht gebaut, keine Maschinen und Geräte gekauft, nicht drainiert, keinen Kunstdünger gebraucht hat usw. Das gilt vorwiegend vom Kleinstbesitz. Ich will ihn nicht damit loben; denn die Folge davon ist heute die, daß die Gebäude einzurichten, das infolge des Mangels von Dränen durchweicht werden, daß unter den schlechten Geräten die Bestellung des Ackers leidet. Ich habe die Überzeugung, daß abgesehen von geringen Ausnahmen, die Landwirte das von vielen bei ihnen gemacht werden, so daß es ausreicht, als ob Geld da wäre, wollen wir das Ende abwarten."

Am Schlus seines Aufsatzes erhebt Herr Brownford wieder die in der letzten Zeit immer lauter werdende Forderung, daß die Landwirtschaft vor der nur für sie geltenden Reglementierung bereit wird, oder aber daß diese Reglementierung allen ohne Ausnahme auferlegt wird.

Ausländisches Kapital in der polnischen Industrie.

Das Interesse des ausländischen Kapitals für Polens Industrie und Bankwesen ist seit einiger Zeit wieder in lebhafter Annahme begriffen. Auf der anderen Seite zwinge auch der immer stärker austretende Geldmangel in Polen die Banken und Industrieunternehmen in größerem Umfang, ausländisches Kapital hinzuzuziehen. Sehr beachtenswert ist vor allem die Initiative, die neu eröffneten, z. T. auf Anregung Konsolins, die österreichische Finanzierung in Galizien, aber auch in dem übrigen Polen entfaltet. Von dem Eindringen Bosels in die galizische Petroleumindustrie und die polnisch-österreichische Schwerindustrie (Königs- und Laurahütte) ist hier schon klarlich die Rede gewesen. Das Interesse der wiedereröffneten österreichischen Kapitalmacht an Galizien ist besonders begreiflich, da man das dortige Terrain von früher her gut kennt. Bemerkenswert ist aber, daß in letzter Zeit auch englische, amerikanische und französische Finanzgruppen Beteiligungen an der Industrie oder den Banken im übrigen Polen durch die Vermittlung Wiens suchen und gefunden haben.

In einem Artikel des "Illustrowanny Kurjer Czestochowski" werden zusammenfassend die folgenden Beteiligungen teils österreichischen, teils mit anderen ausländischen Firmengruppen verbündeten Wiener Kapitalen erwähnt: Wiener Kreditanstalt an der Warschauer Diskontobank, an der Galizischen Hypotheken-Aktienbank in Lemberg und Krakau, an der Schlesischen Bank in Bielsk, an der A.-G. Bieleniewski u. Co., Krakau, an der Munitionsfabrik "Poczt" die Bodencreditanstalt in Chrzanow, an dem Petroleumkonzern "Karpathen-Schodnica" und an der Zementfabrik Szczecin, die N. O. Eszonto-Gefellshaft an der polnischen Bank für Industrie, an der Bismarckfütte und an der Katowicer Bergbaugesellschaft, die Wiener Depositenbank an der polnischen Industriebank, an der Österreichisch-Polnischen Bank, an der Silesiagrupe in Dzierzowice und an der Omnimischafth "Naphtha", "Galizien" und "Fanto", die Unionbank an der Bank an der Allgemeinen Kreditbank in Krakau und Lemberg. Der Wiener Bankverein hat seine Filialen in Polen in selbständige Unternehmen unter Heranziehung belgisches Kapitals umgewandelt. Die Lombard- und Diskontobank hat gemeinsame Interessen mit der Schlesischen Estkontobank in Bielsk und Krakau und finanziert das östliche Hüttenwesen und die Textilindustrie. Die Verkehrsbank ist stark an den polnischen Petroleumgruben und die Merkurbank an der Commerzbank in Krakau sowie an der Firma Bieleniewski beteiligt. Das genannte Blatt schätzt an der aufgeführten Beteiligungen insgesamt auf einige hundert Milliarden polnische Mark. Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß an der Wiener Börse die Aktien sämtlicher bedeutender Industrieunternehmen Galiziens notiert werden.

Hingewiesen werden muß ferner auf das gestiegerte italienische Interesse namentlich an der polnisch-österreichischen Kohlenindustrie. Dies dattiert seit der Rückbesetzung, die befann die Verförderung der italienischen Industrie mit mineralischen Brennstoffen außerordentlich erschwert hat. Aber auch der österreichisch-slowakische Kohlenexport stieg auf Schwierigkeiten, die an der tschechoslowakischen Grenze bereitet wurden. Vor kurzem hat sich nun mit Unterstützung der italienischen Regierung ein besonderes Konsortium für den Ankauf von Kohlenlagerstätten in Polnisch-Oberschlesien gebildet, und das polnische Handelsministerium hat vor diesem Konsortium bereits ein Angebot erbalten. Laut "Gazeta Warszawska" werden voraussichtlich Vertreter der polnischen Regierung diesem Konsortium beitreten.

Das Interesse des englischen Kapitals war, abgesehen von gewissen Beteiligungen an der Textilindustrie (Widzew Baumwollmanufaktur) seit einiger Zeit etwas in den Hintergrund getreten. Neuerdings macht sich aber ein Überfluss von verfügbaren Geldern in England bemerkbar, welche die dortige Finanzwelt in Form von Staats- und Privatanleihen zum Wiederaufbau der polnischen Industrie und Landwirtschaft anzuregen geneigt ist. In London hat sich bereits unter der Firma M. Davidson Ltd. eine A. G. gebildet, welche die genannten Zwecke verfolgt.

Am Mittwoch, den 26. d. M., vormittags 10 Uhr, werden wir auf unserem Hofe an der ulica Dworcowa 72 10808

3 Waggon Erbstohle
etwa 1400 Zentner, meistbietet verkaufen.
C. Hartwig, Lom. At.

Nur im Rechtsbüro des Regierungsrats Dr. Bubeniczek
Sniadeckich 48 a 10804
genaue Auskunft über Rechtssachen, Verfassung von diversen Schriftsätzen, Vertretung in strittigen Verwaltungssachen.

Lebensmittelgeschäft.
Ich versorge hier in Polen jemanden mit Lebensmitteln, doch muß der selbe in Deutschland Angehörige haben, die auch meine dort wohnende Tochter versorgen. Offert, unter D. 9485 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Rasiermesser Scheren Haarschneidemaschinen Aerztliche Instrumente
werden gut geschliffen. 8855
Kurt Teske, Posenerplatz 3.
Elektr. Hohlschleifer u. Feinmech. Werkstatt.
Sollinger Stahlwaren.

Bolin erledigt nachm. evtl. abends Schreibmaschin-Arbeiten, perf. in Bolin. u. Deutsch. Off. u. C. 10768 a. d. Gt.

Kalk u. Zement
lieferat waggonweise u. in kleineren Mengen
Kantor Węglowy
Bydgoszcz Jagiellońska 46/47. Telefon 8, 12 u. 13.

Uspulin-Saatbeize und Wagenfett
bieten an
Bund. Ein- und Verl.-Verein Bydg., Dwore. 30. Tel. 100. 9435

Grauer Wolfshund entlaufen.
Gegen Belohnung abzugeben. 9480
Danzigerstraße 100.

Aug. Floref, Leder-Handlung,
ulica Jezuicka 14. Telefon 1830

Große Auswahl in
Oberleder und Sohleder, Sattlerleder, 3623
Croupons, Ausschnitten, Riemencroupons,
Spalten, braun, schwarz
und genarbt, Geschirrbeschlägen
für Pantoffelmacher, in Argentan und Tombak,
Sattler-Bedarfsartikeln.

Kunstmöbelleder, Sprungfedern u. Polstermaterial.

Oberschl. Steinlohlen
Oberschl. Schmiedelohlen

Oberschl. Hüttenlohs
Dombr. Steinlohlen

aus Tiegruben empfohlen waggonweise und ab Hof in kleineren Mengen

Carl Fenerabend, 8645

Telefon 65. Pomorska 38. Gegr. 1869.

führen aus 7642

R. Gaertig i Sp., T. z o. p., Poznań,

Oddział Pracowni Elektromechanicznych

ul. Półwiejska 35. Telefon 3584.

Reparaturen an Elettromotoren

Dynamomaschinen

führen aus 7642

R. Gaertig i Sp., T. z o. p., Poznań,

Oddział Pracowni Elektromechanicznych

ul. Półwiejska 35. Telefon 3584.

Reparaturen

an Elettromotoren

Dynamomaschinen

führen aus 7642